

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 28.03.2017
Sitzung Nummer:	25 (OULA/25/2017)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:30 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Uwe Klemm
Vorsitzender

Sieglinde Bartels
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Uwe Klemm

Mitglieder

Herr Bodo Ladwig
Herr Marcus Schreiber
Herr Chris Schulenburg
Herr Eduard Stapel

Stellvertreter

Herr Wolfgang Kühnel

Vertretung für Herrn Peter Krüger

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Ringhard Friedrich
Herr Dr. Peter Neuhäuser
Herr Armin Wernicke

Protokollführer

Frau Sieglinde Bartels

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber
Herr Sebastian Stoll

Teilnehmer

Herr Hendrik Galster
Madlen Gose
Frau Annett Schröder

ALS Dienstleistungsges. mbH
Geschäftsführerin ALS Dienstleistungsges. mbH
ALS Dienstleistungsges. mbH

Abwesend:

Mitglieder

Herr Peter Krüger
Herr Torsten Müller

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Marcus Schober
Herr Manfred Schulz

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017
 - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses vom 28.02.2017
 - 6 Aufhebungssatzung im Rettungsdienst
Vorlage: 342/2017
 - 7 1. Änderung des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Stendal
Vorlage: 344/2017
 - 8 Erstellung eines Gutachtens zur Überprüfung der Hilfsfristen im Rettungsdienst
Vorlage: 343/2017
 - 9 Abarbeitungsstand zu den Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept 2015 - 2020
Vorlage: 357/2017
 - 10 Informationen zum Stand der Abstimmungsvereinbarung mit der Firma Landbell AG
 - 11 Informationen zum Stand der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners
 - 12 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Klemm, Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz, eröffnet die 25. Sitzung des Fachausschusses. Er begrüßt die Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner, Frau Madlen Gose, Frau Anett Schröder und Herrn Galster von der ALS Dienstleistungsges. mbH, den Vertreter der Presse, die Damen und Herren der Verwaltung und die anwesenden Gäste.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Klemm stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es fehlt das Kreistagsmitglied Herr Torsten Müller. Weiterhin fehlen die sachkundigen Einwohner Herr Marcus Schober und Herr Manfred Schulz

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Klemm: Herr Rüdiger Kloth, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Seehausen ist heute anwesend. Ich bitte um Abstimmung darüber, dass Herr Kloth beim Tagesordnungspunkt 11 – Informationen zum Stand der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners - Rederecht eingeräumt wird.

Die Anwesenden stimmen einstimmig dafür.

Herr Klemm stellt dann die Tagesordnung fest, da es keine weiteren Änderungsanträge zur Tagesordnung seitens der Anwesenden gibt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017

Herr Klemm: Gibt es zum öffentlichen Teil der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017 noch Änderungen oder kann dieser Teil festgestellt werden?

Herr Dr. Neuhäuser fragt nach: Zwischenzeitlich gab es vom Entsorger ein Schreiben – die Gestellung der Behältnisse für die Wertstofffassung und Wertstoffsammlung ist kostenfrei vom Entsorger vorzunehmen. So habe ich das auch den Ausführungen der Rechtsanwälten, Frau von Bechtolsheim entnommen. Das ist so?

Herr Dr. Gruber: Nach unserer Rechtsauffassung - ja!

Herr Dr. Neuhäuser: Dann gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen da die Fa. ContTrans weiterhin davon ausgeht, dass für die Gestellung der Behältnisse Gebühren erhoben werden können.

Herr Dr. Gruber: Die bestehen dann.

Herr Dr. Neuhäuser: Gedenkt der Landkreis sich da noch einmal zwischenzuschalten, denn das ist ja kein Einzelfall. Oder muss jeder Betroffene sich dann selbst kümmern?

Herr Dr. Gruber: Im Rahmen der Kreistagssitzungen wurde zweimal vorgetragen, dass wir das System für kostenfrei halten und auch flächendeckend kostenlos entsorgt wird. Was im Einzelfall zu prüfen wäre und wie sich die Fälle gestalten - hier ist es auch sehr divergierend eine Gesamtaussage zu treffen. Wir halten an unserer Meinung fest. Unsererseits wurde auch gesagt, dass wir keine Empfehlung zum Abschluss dieser Verträge geben. Diese Auffassung haben wir auch dem Landesverwaltungsamt, dem Landesamt für Umweltschutz und dem DSD in Gesprächen mitgeteilt. Diesen Punkt haben wir auch in Gesprächen mit der Landbell AG thematisiert.

Herr Klemm stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses vom 31.01.2017 fest.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses vom 28.02.2017

Herr Klemm stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses vom 28.02.2017 fest, da es keine Einwendungen seitens der Anwesenden gibt.

zu TOP 6 Aufhebungssatzung im Rettungsdienst

Vorlage: 342/2017

Herr Klemm erteilt Herrn Stoll das Wort und bittet um seine Ausführungen zur Beschlussvorlage DS 342/2017 – Aufhebungssatzung im Rettungsdienst.

Herr Stoll stellt den Anwesenden die DS 342/2017 vor:

Grund für die Aufhebungssatzung im Rettungsdienst ist, dass wir seit 2013 ein neues Rettungsdienstgesetz haben, wonach alte Satzungen, Benutzungsentgeltsatzungen bzw. auch Gebührensatzungen nicht mehr notwendig sind. Es bedarf aber der Aufhebung, da die damaligen Satzungen in ihrer Laufzeit nicht begrenzt waren. Wir wollen ihnen vorschlagen, über die Aufhebungssatzung die genannten drei Satzungen entsprechend außer Kraft zu setzen.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und da es keine Wortmeldungen gibt, bittet der Vorsitzende um Abstimmung über die DS 342/2017.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 7 1. Änderung des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Stendal
Vorlage: 344/2017

Herr Klemm bittet Herrn Stoll um seine Ausführungen zur Mitteilungsvorlage DS 344/2017 – 1. Änderung des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Stendal.

Herr Stoll stellt den Anwesenden die Mitteilungsvorlage vor.

Auch im Zusammenhang mit dem neuen Rettungsdienstgesetz gab es einen Rettungsdienstbereichsplan der durch den Kreistag des Landkreises Stendal beschlossen wurde. Diesen Rettungsdienstbereichsplan haben wir, nachdem er im Jahr 2014 beschlossen wurde, beim Innenministerium zur Genehmigung eingereicht. Ende letzten Jahres kam dann die Information, dass die ausgewählte Form nicht ausreichend wäre, sondern, dass die Rettungsdienstbereiche in Ergänzung zur kartografischen Darstellung der Versorgungsgebiete der einzelnen Rettungswachen eine namentliche Aufstellung der Einsatzbereiche hinzuzufügen sind. Der Leser dieser Satzung kann also sofort erkennen, welche Orte z. B. durch die Rettungswache Havelberg angefahren werden. Die Änderungen des Rettungsdienstbereichsplanes befinden sich hier auf den Seiten 9 bis 16.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und da es keine Wortmeldungen gibt, bittet der Vorsitzende um Abstimmung über die DS 344/2017

einstimmig zugestimmt

zu TOP 8 Erstellung eines Gutachtens zur Überprüfung der Hilfsfristen im Rettungsdienst
Vorlage: 343/2017

Herr Klemm bittet Herrn Stoll um seine Ausführungen zur DS 343/2017 – Erstellung eines Gutachtens zur Überprüfung der Hilfsfristen im Rettungsdienst.

Herr Stoll spricht zum Thema. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 8 beigefügt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Klemm eröffnet die Diskussion. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt, da eine Abstimmung über die Mitteilungsvorlage nicht notwendig ist.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 9 Abarbeitungsstand zu den Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept 2015 - 2020

Vorlage: 357/2017

Herr Klemm bittet Herrn Dr. Gruber und Frau Gose um ihre Ausführungen zur DS 357/2017 – Abarbeitungsstand zu den Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept 2015 - 2020.

Herr Dr. Gruber und Frau Gose sprechen zum Thema. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 9 beigefügt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 10 Informationen zum Stand der Abstimmungsvereinbarung mit der Firma Landbell AG

Herr Klemm bittet Herrn Dr. Gruber um seine Ausführungen.

Herr Dr. Gruber: Die Firma Landbell war dreimal bei uns im Haus zu Gast. Die Gespräche waren sehr konstruktiv. Man konnte sich über gegenwärtige Probleme die hier im Landkreis bei der LVP-Entsorgung bestehen austauschen. Ziel ist es ja, die Abstimmungsvereinbarung zu schließen, das heißt konkret eine Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsvereinbarung für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2020. Landbell hatte ja das Los gezogen seitens der dualen Systembetreiber und ist nun zuständig für die LVP-Entsorgung im Landkreis Stendal. Wir wurden so von der Fa. Landbell informiert, dass Anfang Mai ausgeschrieben werden soll und dann im Vergabeverfahren dem Bestbieter den Zuschlag zu erteilen. Am 31.03.2017 werden wir mit der Fa. Landbell nochmal ein abschließendes Gespräch haben. Am 05.04.2017 ist dann die Fa. Landbell hier vor Ort und wir werden dann über die konkreten Inhalte, d. h. die Systembeschreibung und die Abstimmungsvereinbarung befinden. Gesprochen wurde über den Abfahrtsrhythmus, über die Anzahl der aufzustellenden Behälter, über Entsorgungsmodalitäten, über die Verfahrensweise bei Fehlbefüllungen und das Anbringen von Aufklebern. Die Gespräche waren sehr konstruktiv. Anders als beim DSD wurde Gesprächsbereitschaft gefunden. Die Vertreter der Fa. Landbell haben sich hier vor Ort angesehen, wie die Entsorgung hier im Landkreis praktiziert wird. Im Kreisausschuss am 06.04.2017 wird es Informationen zu diesem Abschlussgespräch geben. Auch auf der Tagesordnung der nächsten Kreistagsitzung wird dieses Thema stehen.

Die Vertreter der Fa. Landbell würden wir dann auch zum Jahresende hier in den Fachausschuss einladen damit auch die Mitglieder und sachkundigen Einwohner des Ausschusses einen Eindruck der Firma erhalten.

Herr Klemm bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu TOP 11 Informationen zum Stand der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners

Herr Klemm bittet Herrn Dr. Gruber um seine Ausführungen.

Herr Dr. Gruber spricht zum Thema. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 11 beigefügt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Kloth bedankt sich, dass er zu dieser Sitzung eingeladen wurde und ihm das Rederecht erteilt wurde.

Das Problem Eichenprozessionsspinner (nachfolgend EPS genannt) ist in der Verbandsgemeinde Seehausen seit über 10 Jahren bekannt. Die erste Bekämpfung lief im Jahr 2006. Im Jahr 2007 gab es dazu eine Konferenz. Der Landkreis war anwesend und auch andere Entscheidungsträger. In den Jahren 2008 bis 2010 wurde eine gemeinsame Bekämpfung organisiert. Es wurde viel Geld in die Hand genommen. Es ging wieder herunter mit der Population und die Bekämpfung schlief wieder ein. Nach 2010 haben wir dann unter Federführung der Verbandsgemeinde die kommunalen und privaten Eichen zu bekämpfen und haben dazu von 2010 bis 2016 200.000 € in die Hand genommen. Ohne Erfolg. Es wurde nicht besser, es wurde schlechter. Die Gemeinden haben sich vor ein oder zwei Jahren entschlossen, so nicht mehr weiter zu machen. Wir haben diskutiert, die Bekämpfung völlig einzustellen. Die Hoffnung war, dass die Population zusammenbricht. Nach 10 Jahren Bekämpfung gab es aber dafür keine Anzeichen. Die Gemeinden haben keine finanziellen Mittel mehr. Die Bekämpfung erfolgt jetzt nur noch dort, wo Einwohner sich regelmäßig aufhalten, also innerorts an Kindereinrichtungen, Spielplätzen usw. Auch die privaten Eichenbesitzer beteiligen sich immer weniger. Die Besitzer greifen zur Motorsäge. Im letzten Jahr war die Belastung durch den EPS und die Gespinste aus den Vorjahren so stark, dass wir die Reißleine ziehen mussten. Wir müssen uns an eine höhere Stelle wenden und dieses Thema noch mehr publik machen. Nur im Jahr 2016 ist das Haushaltsdefizit im Ergebnishaushalt um 330.000 € gewachsen. Es ist einfach nicht möglich, dass wir dieser Plage Herr werden bei der Eichendichte, die wir haben. Ich habe dazu einen Brief an die Umweltministerin, Frau Prof. Dr. Dalbert, geschrieben und persönlich übergeben. Sie wusste, worum es geht und hat auch Unterstützung zugesagt. Die Antwort die wir erhalten haben, war sehr ernüchternd. Im Forstbereich – wirtschaftlicher Schaden – wird behandelt, Privatwald wird finanziert vom Land, aber alles was in Trägerschaft der Kommunen ist oder Privateigentümer betrifft, ist jeder zur Gefahrenabwehr selbst verpflichtet. Dann passierte aber etwas, das uns erstaunt und auch beflügelt. Bei einem Bauernfrühstück war auch der eingesetzte Koordinator vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, Herr Specht, anwesend. Er brachte zum ersten Mal ein Pilotprojekt zur Sprache, dass in der Verbandsgemeinde Seehausen installiert werden sollte. Am 29.11.2016 hatte ich in einer kleinen Runde die entsprechenden Leute bei mir am Tisch. Da hörte sich das wirklich alles sehr gut an und es kam die Aussage, wenn das Ministerium das will, dann wird auch Geld kommen müssen. Wir haben unsere Zuarbeit gemacht und haben die Eichen erfasst. Dann passierte erst einmal nichts. Mitte Januar wurde ich unruhig, weil auf einen Brief des Kreisbauernverbandes, den ich mitgezeichnet habe, eine Antwort kam. Aus dem Brief der Staatskanzlei vom 15.02.2017 möchte ich hier zitieren: „Verkehrssicherungspflicht obliegt dem Eigentümer. Besteht die Möglichkeit der Gesundheitsgefährdung von Personen, so haben sie (also die Eigentümer) im Rahmen der Ihnen obliegenden Verkehrssicherungspflicht auf eigene Kosten geeignete Gefahrenabwehrmaßnahmen zu treffen, soweit diese im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums zumutbar sind.“ Das war dann das Aus. Am 17.02.2017 gab es hier im Landkreis eine Koordinierungstagung. Ich habe damals schon gesagt, wenn sich niemand um den Elbe-Radweg kümmert, dann müssen wir der Tatsache ins Auge blicken, diesen Radweg im Rahmen der Gefahrenabwehr zu sperren. Die Medien sprangen zum Glück mit auf, dass das nicht geht. Es gab diverse Berichte. Es geht schlicht und einfach nicht mehr. Wir können es auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zumuten, erst recht nicht den Touristen. Ein Imageschade ist bereits letztes Jahr entstanden. Es gab bei den Pensionen und Bettenanbietern viele Anfragen. Die entsprechenden Schilder die vor dem EPS warnen (Achtung Allergiegefahr) wurden nicht wahrgenommen oder ignoriert. Gesundheitliche Probleme die durch die Brenngaare entstehen, wurden dann auf die Unterkunft geschoben. Wir sind froh, dass noch Niemand einen allergischen Schock bekommen hat und wir verklagt oder in Regress genommen wurden. Im letzten Jahr wurden auch Ärzte befragt. Eine Allgemeinmedizinerin hatte im Juli 2016 43 Patienten. Auch in den Apotheken waren die Nachfragen nach Medikamenten sehr hoch. Auch Landwirtschaftsbetriebe liefern kein Heu mehr. Ein Landwirt hat von einem Hamburger Gestüt Tierarztkosten über mehrere Tausend Euro erhalten, weil das Heu die Brenngaare enthielt. Vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie habe ich keine Antwort erhalten. In der letzten Woche habe ich einen Anruf vom Innenministerium erhalten. Jetzt wird sich von dort um den Sachverhalte gekümmert. Dort ist diese Problematik auch besser aufgehoben.

Herr Klemm bedankt sich bei Herrn Kloth für die Ausführungen. So wie es aussieht, bleibt es wieder an den Kommunen hängen.

Herr Dr. Neuhäuser: Das Schreiben war von der Staatskanzlei. Darf ich fragen, wer das unterschrieben hat?

Herr Kloth: Ich habe den Schriftverkehr nicht dabei, kann ihnen also keine Antwort geben.

Herr Dr. Gruber: Wir haben jeweils zwei Schreiben an das Umweltministerium und das Gesundheitsministerium geschickt. In den ersten Antwortschreiben wurde darauf hingewiesen, dass sich eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet hat und man sich doch an diese wenden kann, wenn man Lösungsmöglichkeiten haben möch-

te. Die Antwort war von beiden Ministerinnen unterschrieben. Die anderen Schreiben waren auch von den Ministerinnen unterschrieben. Da erhielten wir die Antwort, dass wir uns doch an den Landrat und die zuständige Mitarbeiterin im Landkreis, Frau Köhler, wenden sollten.

Herr Kloth: Der Koordinator, Herr Specht, hat innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches (MULE) koordiniert.

Herr Klemm: Wir werden sehen, wie die Bekämpfung in diesem Jahr läuft.

Herr Kloth: Ich habe diverse Beteiligte schon zu einer Radtour eingeladen.

Herr Klemm: Wir werden ja sicherlich zeitnah über die Bekämpfung informiert. Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, beendet der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu TOP 12 Anfragen und Anregungen

Herr Klemm bittet um Anfragen und Anregungen. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt er den Tagesordnungspunkt und stellt die Nichtöffentlichkeit her.